

Die Verabschiedung des Bundeshaushalts 2024 und für das kommende Jahr angekündigte Ausgabenerhöhungen haben zuletzt Diskussionen um mögliche Steuererhöhungen – auch für Unternehmen – entfacht. Über die Folgen einer solchen Gewinnsteuererhöhung und insbesondere über die Frage, wie eine erhöhte Steuerbelastung durch Unternehmen in Deutschland kompensiert würde, geben die Daten des GBP Aufschluss. Sie zeigen, dass sich eine höhere Steuerlast nicht nur auf Arbeitgeber, sondern auch auf Kunden und Arbeitnehmer auswirken würde: Während Arbeitgeber durch Ausschüttungskürzungen und den Abbau von Reserven zwar den größten Anteil der Steuererhöhung finanzieren würden (35 %), würde ein beträchtlicher Teil durch Preiserhöhungen auf Kunden (20 %) und durch Gehaltskürzungen oder den Abbau von Stellen auf Arbeitnehmer (15 %) abgewälzt. Wie unsere Analysen zeigen, ist die Steuerlast, die auf Arbeitnehmer entfällt, abhängig von der Umsatzunsicherheit eines Unternehmens.

Höhere Unternehmenssteuern werden nicht nur von Arbeitgebern getragen

Wer trägt die Last einer Steuererhöhung? Aufschluss über diese Frage gibt die sogenannte *Steuerinzidenz*: Sie beschreibt die tatsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen einer Steuerlast und gilt im Rahmen von Diskussionen um Steuererhöhungen häufig als Schlüsselproblem.

Eine Steuererhöhung trifft nämlich nicht nur diejenige Person oder Personengruppe, welche die Steuerzahlung leisten muss (das *Steuersubjekt*), – also im Falle einer Erhöhung der Gewinnsteuern von Unternehmen die Unternehmenseigner bzw. Arbeitgeber. Denn diese können die Steuerlast an Kunden und Arbeitgeber weitergeben oder Unternehmensprozesse anpassen, um die finanzielle Belastung einer Steuererhöhung zu kompensieren.

Durch Preisanpassungen und Gehaltskürzungen bzw. durch einen Stellenabbau können die ökonomischen Kosten einer Steuererhöhung so letztlich auch von Kunden und Arbeitnehmern getragen werden.

An Kunden und Arbeitnehmer würden 35 % einer höheren Gewinnsteuer weitergegeben

Inwiefern nicht nur Arbeitgeber, sondern auch andere Wirtschaftsakteure von einer Erhöhung der Unternehmenssteuern betroffen wären, beschreibt *Abbildung 1*. Sie illustriert, wie Unternehmensentscheider eine höhere Gewinnsteuerlast finanzieren würden. Es zeigt sich, dass die Unternehmenseigner zwar den Großteil der höheren Steuerlast tragen (35 %), ein genauso großer Anteil der Belastung allerdings auch an Kunden (20 %) und Arbeitnehmer (15 %) abgewälzt wird.



15. Mai 2023

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Christopher Karlsson, Yuhan Liu, Pascal Schrader, Thomas Simon & Richard Winter

Universität Mannheim

TRR 266 Accounting for Transparency

www.accounting-for-transparency.de

www.gbpanel.org

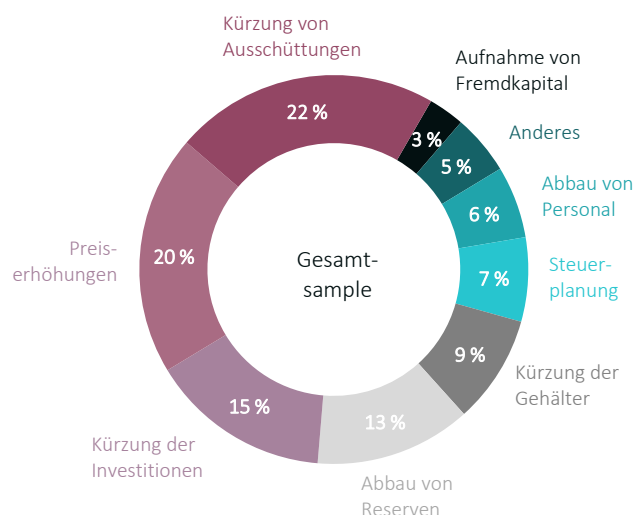


Abbildung 1

Durchschnittliche Verteilung einer hypothetischen Gewinnsteuererhöhung

Die Abbildung zeigt, wie Unternehmensentscheider eine hypothetische Erhöhung ihrer Gewinnsteuerbelastung kompensieren würden. Es wird deutlich, dass die Eigentümer des Unternehmens nicht die gesamte Last einer Steueränderung tragen (durch eine Kürzung von Ausschüttungen und den Abbau von Reserven), sondern dass sie die Steuerbelastung auch an andere Interessengruppen – wie Arbeitnehmer oder Kunden – weitergeben würden.

Abbildung 2

Die Auswirkungen von Steuererhöhungen auf Kunden und Personal

Die Abbildung zeigt, welcher Anteil einer potenziellen Steuererhöhung in verschiedenen Wirtschaftszweigen durch Preiserhöhungen oder den Abbau von Personal finanziert werden würde. Es wird deutlich, dass die verschiedenen Branchen im Falle einer Steigerung der Steuern Preiserhöhungen den Vorzug geben würden, insbesondere das Baugewerbe. 20 % einer potenziellen Steuererhöhung würden im Schnitt auf diese Weise kompensiert werden. Durch den Abbau von Stellen wären es bei geringer Variation zwischen den Branchen im Schnitt lediglich 6 %.

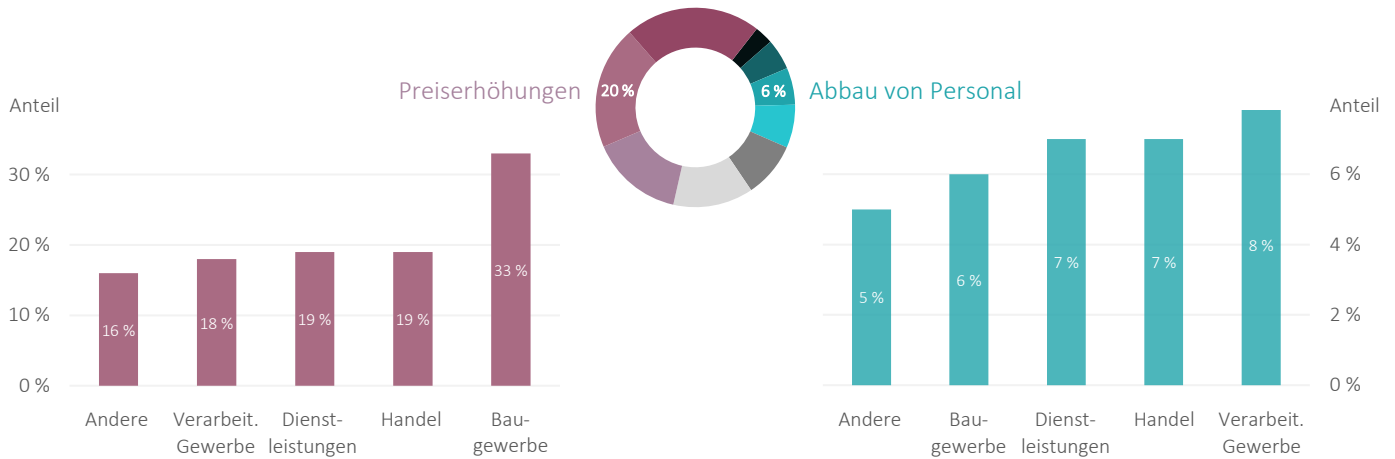


Abbildung 3

Steuerinzidenzen in einzelnen Wirtschaftszweigen

Die Abbildung stellt dar, mit welchen Mitteln einzelne Wirtschaftszweige eine potenzielle Erhöhung ihrer Gewinnbesteuerung kompensieren würden. Es zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Sektoren. Während eine höhere Steuerlast im Baugewerbe seltener von den Unternehmenseignern getragen wird (Ausschüttungen und Reserven), indem vermehrt die Preise erhöht werden, geht eine höhere Besteuerung der Unternehmensgewinne im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor häufiger zu Lasten des Personals (Gehaltskürzungen und Personalabbau).

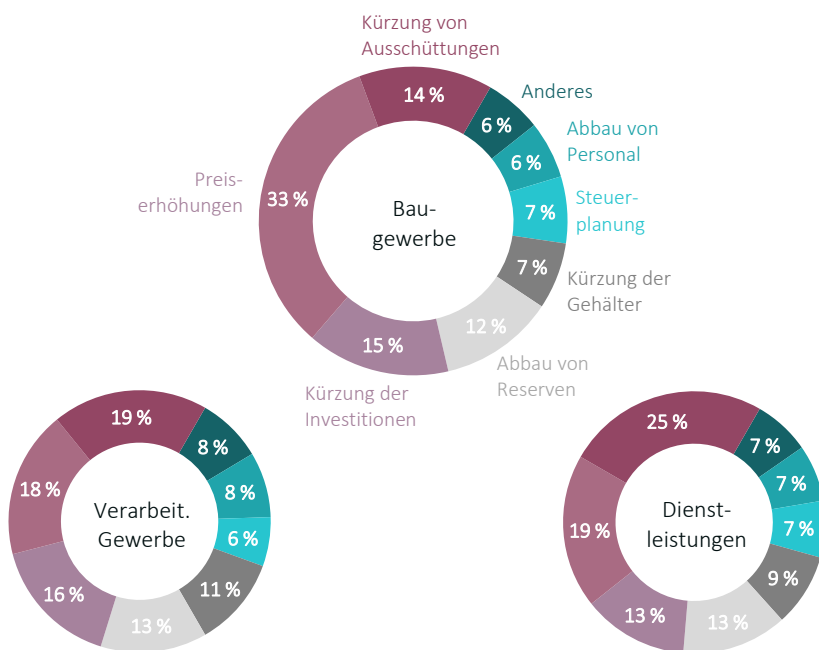
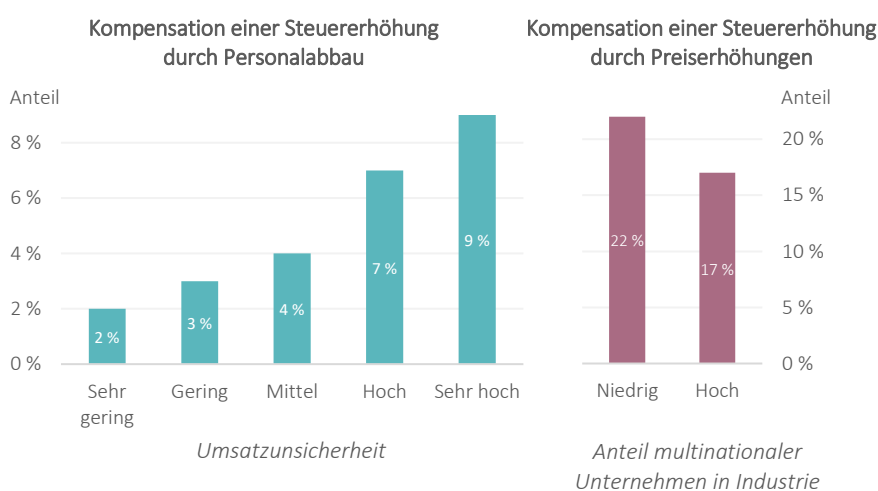


Abbildung 4

Einflussfaktoren der Steuerinzidenz

Die Darstellung zeigt den durchschnittlichen Anteil einer möglichen Steuererhöhung, die durch Personalabbau oder Preisanpassungen finanziert wird – abhängig davon, wie hoch die Umsatzunsicherheit eines Unternehmens ist bzw. wie hoch der Internationalisierungsgrad in der Industrie eines Unternehmens ist. Es wird deutlich, dass der Personalabbau im Falle einer Steuererhöhung bei Umsatzunsicherheit wächst und der Anteil von Preiserhöhungen mit steigendem Internationalisierungsgrad sinkt.



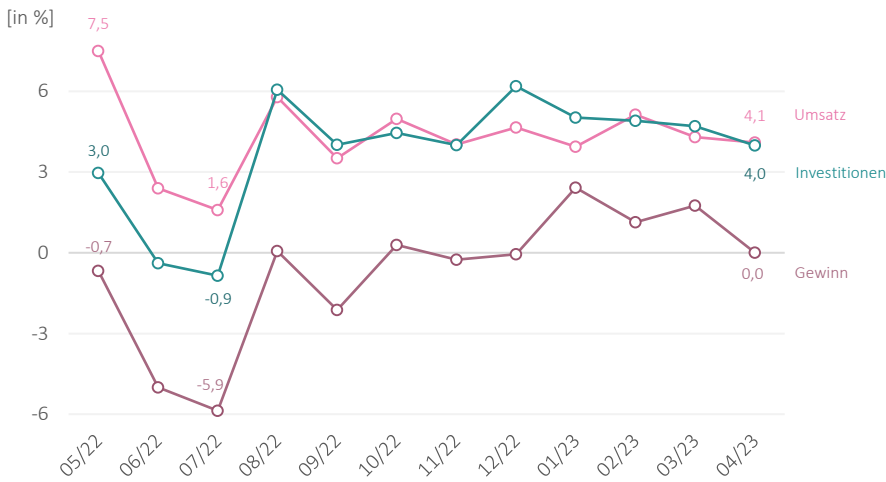


Abbildung 5

Entwicklung der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen im Jahresverlauf

Die Darstellung verdeutlicht den Verlauf der erwarteten Gewinn-, Umsatz- und Investitionsveränderung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Es zeigt sich eine Abkühlung des positiven Trends aus den vergangenen Monaten. Während die erwarteten Investitionen und Umsätze aktuell immer noch auf deutlichem Wachstumskurs liegen, fällt die prognostizierte Gewinnveränderung deutlich und zeigt Stagnationstendenzen.

Unternehmen würden auf höhere Steuerlast auch mit Investitionskürzungen reagieren

Konkret verdeutlicht **Abbildung 1**, dass eine Erhöhung der Steuerbelastung von Unternehmen um beispielsweise 100 € durch Ausschüttungskürzungen und den Abbau von Reserven zu 35 € auf die Eigner des Unternehmens entfallen würde, während Kunden durch Preiserhöhungen indirekt 20 € der Steuerlast und Arbeitnehmer im Rahmen von Gehaltskürzungen sowie den Abbau von Stellen 15 € der wirtschaftlichen Last tragen würden.

Der übrige Anteil der finanziellen Belastung durch eine mögliche Steuererhöhung würde auf anderem Wege kompensiert: Die Daten des GBP zeigen, dass Unternehmer 15 % einer höheren Gewinnsteuerlast durch eine Kürzung von Investitionen ausgleichen würden. Dies könnte sich unmittelbar (und negativ) auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Gleichzeitig käme es bei Steuererhöhungen vermehrt zu Ausweichverhalten (7 %), um mithilfe von Steuerplanung einem höheren Steuersatz entgegenzuwirken. Der Aufnahme von Fremdkapital (3 %) kommt demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle bei der Finanzierung einer höheren Steuerlast zu.

Besonders starke Preisanstiege im Baugewerbe

Dass Unternehmen auf höhere Gewinnsteuern nicht unbedingt einheitlich reagieren, illustrieren die **Abbildungen 2 und 3**. Im Grundsatz ist die Steuerinzidenz nämlich abhängig davon, wie elastisch betroffene Akteure auf eine Steuerüberwälzung reagieren. Im Falle von Kunden bezieht sich dies darauf, wie stark die Nachfrage bei Preiserhöhungen zurückgeht. In Bezug auf Arbeitnehmer hängt die Überwälzung davon ab, wie empfindlich diese bei Gehaltskürzungen mit einer Verringerung ihrer Arbeitsleistung reagieren würden oder wie flexibel sie den Arbeitgeber wechseln könnten.

Zunächst zeigt **Abbildung 2**, dass Preisanpassungen bei Erhöhungen der Unternehmenssteuern besonders im Baugewerbe zu erwarten wären: In diesem Wirtschaftszweig würden 33 % der Steuerlast an Kunden weitergegeben werden. Die durchschnittliche Belastung der Kunden durch Preiserhöhungen liegt demgegenüber bei 20 %.

Hinsichtlich des Einflusses höherer Unternehmenssteuern auf die Beschäftigung ist im Vergleich zum Preisverhalten weniger Variation zu beobachten: Relativ zum Durchschnitt von 6 % würde im Verarbeitenden Gewerbe eine höhere Unternehmenssteuerlast zu 8 % durch einen Abbau von Arbeitsplätzen kompensiert. Die geringere Variation ist durch den im Allgemeinen ohnehin schon vorherrschenden Arbeitskräftemangel zu erklären.

Im Dienstleistungssektor liegt die wirtschaftliche Last einer potenziellen Steuererhöhung vor allem bei den Unternehmenseignern

Inwiefern sich eine höhere Besteuerung der Unternehmensgewinne in unterschiedlichen Branchen auf die wirtschaftlichen Akteure verteilen würde, schlüsselt **Abbildung 3** auf. Während die Steuerlast im Baugewerbe durch Preisanpassungen vor allem von Kunden getragen würde, liegt die Hauptlast im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor bei den Arbeitnehmern und insbesondere den Arbeitgebern. So entfallen im Verarbeitenden Gewerbe 19 % einer höheren Steuerlast auf Arbeitnehmer und 32 % auf Unternehmenseigner. Im Dienstleistungssektor fällt der Anteil der Steuerlast, der nicht an Dritte weitergegeben werden kann, sogar noch höher aus: Durch Ausschüttungskürzungen und den Verzehr von Reserven verblieben 38 % einer Steuererhöhung in diesem Wirtschaftszweig bei den Unternehmenseignern.

Die Kürzung von Investitionen oder das Ausmaß von Steuerplanung variiert demgegenüber nicht erheblich innerhalb der Sektoren.

Der Abbau von Personal bei Steuererhöhungen steigt, wenn Umsätze unsicher sind

Neben der Industriezugehörigkeit eines Unternehmens gibt es weitere Einflussfaktoren, welche die Steuerinzidenz beeinflussen. **Abbildung 4** verdeutlicht, dass der Anteil einer höheren Steuerlast, der durch Stellenabbau kompensiert wird, steigt, wenn die Umsätze eines Unternehmens unsicher sind.

Umsatzunsicherheit gibt dabei an, wie genau ein Unternehmen zum Befragungszeitpunkt künftige Umsätze vorhersagen kann. Während bei sehr geringer Umsatzunsicherheit lediglich 2 % der Kosten einer Steuererhöhung durch den Abbau von Arbeitsplätzen finanziert würde, entfallen auf diese Finanzierungsquelle 9 % der Kosten, wenn die Unsicherheit der Umsätze sehr hoch ist.

Die Möglichkeit, Kostensteigerungen durch Preiserhöhungen an Kunden weitergeben zu können, ist wiederum vom Internationalisierungsgrad des Marktumfelds abhängig. Steht ein Unternehmen in starker Konkurrenz mit ausländischen Wettbewerbern, werden höhere Unternehmenssteuern nämlich seltener an Kunden weitergegeben. Im Wettbewerb um Kunden könnten Betriebe, die durch nationale Steueranpassungen womöglich stärker betroffen wären, bei zu starken **Preiserhöhungen** ansonsten ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren.

Der Wachstumstrend der vergangenen Monate kühlt sich im April leicht ab

Abbildung 5 beschreibt den aktuellen Geschäftsausblick der Unternehmen in Deutschland und verdeutlicht einen Rückgang der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen im April. Die Umsätze und Investitionen, die Unternehmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erwarten, liegen trotz einer Verringerung immer noch deutlich auf Wachstumskurs (+4,1 % bzw. +4,0 %).

Die erwarteten Gewinne lassen demgegenüber stärker nach. Relativ zum Vorjahr gehen Unternehmen im Durchschnitt aktuell von stagnierenden betrieblichen Gewinnen aus.

„Wenn die Kassen schmelzen, wird über Steuererhöhungen diskutiert, die wir gar nicht gebrauchen können. Die USA oder die Vereinigten Arabischen Emirate werben mit Steuerfreiheiten. Wir überfrachten uns mit Sozialleistungen.“

Unternehmen des Baugewerbes mit einem Jahresumsatz von 2 Mio. €

„Wir brauchen dringend ein Umdenken: Die Leistungserbringer und steuerzahlenden Unternehmen sollten gefördert werden, damit diese die Arbeitsplätze erhalten. [...] Viele erkennen, dass die staatliche Unterstützung höher ist als eine Beschäftigung mit allen Sozialabgaben.“

Unternehmen des Gesundheitswesens mit 75 Beschäftigten

„Im Vergleich zu Unternehmen im Ausland besteht ein deutlicher Wettbewerbsnachteil, weil die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland höher liegt. Zudem genießt das Unternehmertum keine positive politische Unterstützung; für junge Menschen ist die Selbstständigkeit auch deshalb nicht mehr von Interesse.“

Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 33 Mio. €

Aktuelle Unternehmenstrends im Überblick



Weitere Kennzahlen finden Sie hier:

1. [Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
2. [Unternehmerische Entscheidungen](#)
3. [Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
4. [Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

Im Vergleich zum Vormonat sinkt die Gewinnveränderungsrate im April um **-1,75 Prozentpunkte**. Entgegen des seit Jahresbeginn verzeichneten Aufwärtstrends liegt die Gewinnveränderung damit aktuell auf Stagnationskurs.

Der Rückgang der erwarteten Gewinnveränderungsrate schlägt sich allerdings nicht in einem Anstieg des Risikos für Unternehmensaufgaben nieder: Die Ausfallwahrscheinlichkeit sinkt im Vergleich zum März um **-0,91 Prozentpunkte**.

Gleichzeitig sinkt die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik um **-0,25 Punkte**. Sie liegt damit aktuell bei 2,81 Punkten auf einer Skala von 0 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) und damit auf dem niedrigsten Wert seit Beginn der Aufzeichnung im Juli 2021.

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY

German Business Panel

Gefördert durch



Deutsche
Forschungsgemeinschaft